

Kurzbericht über die **Podiumsdiskussion am 3. März um 19.30 Uhr** auf Gut Havichhorst in Münster

Zu einer Podiumsdiskussion über die Zukunft der Landwirtschaft und die agrarpolitischen Ziele ihrer Parteien in den nächsten fünf Jahren hatten der Ring der Landjugend und die Junglandwirteforen Westfalen-Lippe die agrarpolitischen Sprecher der Parteilaktionen im Landtag NRW nach Gut Havichhorst in Münster-Handorf eingeladen. Die Moderation hatte Dr. Karl-Heinz Tölle, seit dem 1. März Chefredakteur des Landwirtschaftlichen Wochenblatts Westfalen-Lippe.

Da sich der Vertreter der FDP, Herr Holger Ellerbrock, aufgrund einer Autopanne leider deutlich verspätete, stellten sich

- Johannes Rimmel, Bündnis 90 / Die Grünen
- Svenja Schulze, SPD und
- Eckhard Uhlenberg, CDU

den Anwesenden kurz vor und begannen die Diskussion mit einem kurzen Statement auf die **Frage: Welches sind Ihre agrarpolitischen Ziele für die nächsten fünf Jahre und wie wollen Sie diese umsetzen?**

Landwirte seien für den ländlichen Raum wichtig. Angesichts der sinkenden EU-Mittel für den Bereich Landwirtschaft werde es jedoch nach Ansicht von Frau Schulze in den nächsten Jahren fast nur noch Geld für die zweite Säule geben. Damit werde also nicht mehr nur die reine Produktion z. B. von Milch gefördert, sondern die Herstellung von Käse aus der Milch. Die Forderung einer Beibehaltung der Förderung aus der 1. Säule sei Schattenboxen, die Weichen in der EU bereits anders gestellt.

Herr Minister Eckhard Uhlenberg trat für eine Förderung der Landwirtschaft aus Mitteln der ersten und der zweiten Säule ein. Die EU würde die erste Säule senken, doch sollte man in den Verhandlungen nicht von vornherein darauf verzichten. Zusammen mit der Ernährungswirtschaft bilde die Landwirtschaft in NRW einen großen Wirtschaftsfaktor, tatsächlich sei die Landwirtschaft in NRW nach Niedersachsen und Bayern die Drittgrößte in Deutschland.

Johannes Rimmel stellte in seinem Eingangsstatement fest, dass die Menschen im ländlichen Raum leben und arbeiten können müssen. Agrarsubventionen seien dauerhaft nötig, aber nur durchsetzbar und zukunftsfähig unter Berücksichtigung von Aspekten wie Umwelt und Arbeitskraft. Ziel der Politik müsse es sein, die Entwicklung im regionalen Rahmen zu fördern. Denn 50 % der Arbeitsstellen im ländlichen Raum seien Industriearbeitsplätze.

Auch nach Auffassung von Svenja Schulze könne die Orientierung am Weltmarkt für die Landwirtschaft nicht die **Zukunftsorientierung** sein. Vielmehr müsse sich der Agrarsektor auf regionale Produkte und gute Qualität ausrichten für regionale Märkte. Sie warf Herrn Minister Uhlenberg vor, die ökologische Landwirtschaft nicht genug zu unterstützen. Die Nachfrage nach Lebensmitteln aus ökologischem Anbau steige laut Statistik deutlich an, doch sei die Anzahl der Biohöfe allenfalls konstant geblieben und die Ausgaben gesunken. Hier verpasse NRW einen positiven Trend.

Dem widersprach Herr Uhlenberg, dass die Ausgaben für die ökologische Landwirtschaft sogar gestiegen seien. Außerdem habe er die Ökolandbauschule in Kleve unterstützt. Der Minister hielt dagegen, dass die Betriebe sowohl für den regionalen als auch für den nationalen und internationalen Markt produzieren müssten. Die Direktvermarktung sei rückläufig, dieser regionale Markt sinke also. Viele Verbraucher kauften ihre Lebensmittel bei Discountern ein, also zu Billigpreisen bei großen nationalen Ketten. Um dem entgegen zu wirken, bräuchten die Landwirte große schlagkräftige landwirtschaftliche Organisationen.

Auch nach Auffassung von Johannes Remmel müsse die Landwirtschaft stärker den regionalen Markt im Blick haben. Um diesen auszubauen, müsste die Bildung regionaler Marken bei Lebensmitteln gestärkt werden. Dies gelinge aber nur in Kooperationen. Wer kenne denn eine (Marken-) Käse aus der Region?

Im Bereich **Bildung/Ausbildung** sei die Landwirtschaft NRWs mit den Fachschulen, der FH in Soest und der Universität in Bonn nach Auffassung von Eckhard Uhlenberg gut aufgestellt. Auch die Inhalte hätten einen guten Standard.

Dem stimmte Johannes Remmel grundsätzlich zu, doch fehle im manchmal der unternehmerische Gedanke. Er halte eine höhere Schul- und Ausbildung heute für nötig, um den beruflichen Anforderungen gerecht zu werden. Allerdings halte er die Fleischlastigkeit der westlichen Ernährung für auf Dauer nicht tragfähig.

Svenja Schulze stimmte dem positiven Gesamteindruck ihrer Vorredner bezüglich der landwirtschaftlichen Ausbildung zu und betonte ihrerseits, dass für alle ein lebenslanges Lernen nötig sei.

Nach seinem Eintreffen holte Holger Ellerbrock von der FDP an dieser Stelle sein Statement über die Ziele seiner Partei bezüglich der **Agrarpolitik in den nächsten fünf Jahren** nach. Nach seiner Aussage müsse der Staat Rahmenbedingungen setzen, aber keine Preise. Der ländliche Raum sei nicht die Restfläche der Städter für Erholung, Wasser und Naturschutz, sondern Entwicklungsraum. Statt Subventionen solle es zukünftig Prämien für erbrachte Landschafts- Leistungen geben. Ausgleichsflächen z. B. für den Straßenbau müssten im Verhältnis 1:1 umgesetzt werden. Schließlich sei die FDP für die regenerative Energie, für eine Förderung der Forschung & Entwicklung und für eine Anschubfinanzierung bei der Anwendung, aber nicht für eine Dauersubvention. Auch müsse der Landwirt frei über seine Flächen bestimmen, selbst wenn er sie mit Photovoltaikanlagen bestücken wolle. Die Nutzung von Ackerflächen für Photovoltaikanlagen lehnt Herr Minister Uhlenberg allerdings ab und werde zur Zeit nicht genehmigt.

Der Zusammenhang zwischen **regionalen Märkten, Lebensmitteln und Landwirtschaft** wurde von Frau Schulze betont, als diese darauf verwies, dass in vielen Familien oft nicht mehr richtig gekocht werde und Kinder sowie Jugendliche manchmal kaum mit frischen Lebensmitteln zu tun hätten. Kinder müssten bereits im Kindergarten an Lebensmittel herangeführt werden, was Grund- und weiterführende Schulen weiter ausbauen sollten. Viele würden Lebensmittel von guter oder weniger guter Qualität kaum voneinander unterscheiden können.

Herr Remmel verlangte eine andere Verbraucherpolitik gegenüber dem Handel. In Großbritannien sei man beispielsweise sehr ins Nachdenken darüber gekommen, dass die Discounter im Nahrungsmittelbereich einen sehr großen Raum einnehmen – zuviel Raum nach Meinung einiger Experten.

Herr Uhlenberg verwies auf die Anstrengungen und Aktionen des Ministeriums wie das Schulmilchprogramm und die Landfrauenaktion, bei der Landfrauen in den Schulen mit den Schülern kochen.

Herr Ellerbrock betonte, dass die Schule nur graduell an der Ernährung und somit den Familien etwas ändern könne. Die Familien hätten hierfür immer die Hauptverantwortung. Er sprach sich für die Stärkung regionaler Produkte aus, die zu diesem Zweck aber auch zertifiziert sein müssten.

Über die Aufgaben der **Landwirtschaftskammer NRW** gingen die Auffassungen der Podiumsgäste stärker auseinander.

Herr Remmel befürwortet eine Trennung zwischen den hoheitlichen und den verbandlichen Aufgaben bei der Kammer. Herr Uhlenberg möchte dagegen die Kammer unverändert erhalten, wobei sie laut Beschluss jedes Jahr 1,5 Mio. Euro einsparen muss.

NRW und ganz besonders das Münsterland ist ein starker **Veredlungsstandort**. Auf die Frage des Moderators, was er unter Massentierhaltung verstehe, wie er zu ihr und zur Veredlung allgemein stehe, antwortete Herr Remmel, dass die Massentierhaltung und somit der Bau immer größerer Ställe aus seiner Sicht aus ökonomischen und ökologischen Gründen für die Zukunft nicht tragfähig sei. Laut Baugenehmigung beginne die Massentierhaltung bei Hähnchen ab 15.000 Tieren, bei Hühnern ab 3.000. Ställe dieser Größenordnung seien praktisch Gewerbebetriebe und gehörten in Industriegebiete. Hier kritisierte er die Praxis, dass Landwirte zur Vermeidung dieser Größenordnung und der daran geknüpften Bedingungen Ställe für bis zu 14.990 Hähnchen oder 2.999 Hühnern beantragten. Auch Frau Schulze sah die Tendenz zu immer mehr und größeren Ställen sehr kritisch.

Herr Ellerbrock wies darauf hin, dass die Landwirte mit ihren Bauanträgen den Gesetzen vollständig entsprechen würden und die Richtwerte von der Politik gemacht worden seien. Man könne es ihnen daher nicht vorwerfen.

Herr Uhlenberg betonte, dass die Veredlung in der Landwirtschaft NRWs einen großen Stellenwert einnehme und ihr Fortschritt nicht gehemmt werden dürfe. Beim Bau neuer Ställe müsse von Seiten der Behörden der Einsatz der neuesten Technik zugrunde gelegt werden, doch müsse eine Genehmigung auf dieser Basis grundsätzlich möglich sein.

Erst nach 22.00 Uhr beendete der Moderator, Herr Dr. Karl-Heinz Tölle, die Diskussion und bedankte sich bei den Podiumsgästen.